

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Verzeichnis der Muster</i>	XIX
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXI

Teil 1

Vorbemerkung	1
---------------------------	---

Teil 2

Allgemeines

I. Hauptverhandlung mit und ohne Verständigung – zwei Arten des Prozesses	5
II. Der Ablauf der Hauptverhandlung und ihre Stellung im Strafverfahren	6
III. Wesentliche Verfahrensgrundsätze in der Hauptverhandlung	8
1. Öffentlichkeitsgrundsatz	8
2. Mündlichkeitsgrundsatz	11
3. Unmittelbarkeitsgrundsatz	12
IV. Die Stellung des Verteidigers und sein Verhältnis zu den Prozessbeteiligten	13
1. Rechtsstellung des Verteidigers	13
2. Verhältnis zu Staatsanwaltschaft und Gericht	14
3. Verhältnis zum Angeklagten	18
4. Verhältnis zu Verteidigerkollegen, gemeinsame Verteidigung	19
5. Die Medien in der Hauptverhandlung	23
V. Verteidigungsziele – Strategie und Taktik in der Hauptverhandlung ..	27
1. Verteidigungsziele	27
2. Verteidigungsstrategie	29
3. Verteidigungstaktik	30
4. Exkurs: Ein wenig Psychologie	31

Teil 3

Beginn der Hauptverhandlung

I. Verhinderung des Verteidigers	34
II. Verspätung des Verteidigers	37
III. Einlasskontrollen	38

IV. Sitzordnung	38
V. Fesselung des in Haft befindlichen Angeklagten	40
VI. Probleme mit der Amtstracht des Verteidigers	42
VII. Einwendungen gegen das Verfahren insgesamt	43
VIII. Zuständigkeitsrügen	45
1. Allgemeines	45
2. Rüge der sachlichen Zuständigkeit	45
3. Rüge der örtlichen Zuständigkeit	45
4. Rüge der funktionellen Zuständigkeit	47
5. Taktische Überlegungen	48
IX. Besetzungsrügen	48
1. Allgemeines	48
2. Besetzungsmitteilung	48
3. Unterbrechungsantrag zur Überprüfung der Besetzung	49
4. Überprüfung der Besetzung	51
a) Berufsrichter	51
b) Schöffen	54
5. Form der Besetzungsrüge	56
X. Ablehnungsanträge	58
1. Ablehnung eines Richters	58
a) Vorüberlegungen des Verteidigers	58
b) Ablehnungsgründe	60
aa) Ablehnung bei gesetzlichem Ausschluss	60
bb) Besorgnis der Befangenheit	61
(1) Allgemeines	62
(2) Konkrete Befangenheitsgründe	63
c) Ablehnungsberechtigte	67
d) Zeitpunkt der Ablehnung	67
e) Ablehnungsverfahren	68
f) Unaufschiebbar Amtshandlungen	72
g) Weiteres Verfahren bei begründetem Antrag	73
2. Ablehnung von Schöffen und Urkundsbeamten	73
3. Ablehnung von Sachverständigen und Dolmetschern	74
4. Ablehnung des Staatsanwalts	74
XI. Aussetzungsanträge	76
1. Aussetzung und Unterbrechung der Hauptverhandlung	76
2. Aussetzung wegen verspäteter Ladung	78
3. Aussetzung wegen verspäteter oder unvollständiger Akteneinsicht	81
4. Aussetzung zur Einziehung von Erkundigungen	82

5. Aussetzung wegen veränderter Rechtslage	84
6. Aussetzung wegen veränderter Sachlage	86
XII. Anregungen zur Verfahrenseinstellung	88
XIII. Sonstige Anträge bei Verhandlungsbeginn	90
1. Antrag auf Beordnung als Pflichtverteidiger	90
a) Voraussetzungen der notwendigen Verteidigung	90
b) Auswahl des Verteidigers	94
c) Zeitpunkt des Beordnungsantrags	96
d) Form des Antrags	97
e) Verhalten des Verteidigers bei Ablehnung oder Widerruf der Beordnung	98
2. Antrag auf Entpflichtung als beigeordneter Verteidiger	99
3. Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit	101
4. Antrag auf Zulassung von Tonaufnahmen	104
5. Antrag auf Zulassung einer Hilfskraft	106
6. Antrag auf Nichtverlesung des Anklagesatzes	107
XIV. „Opening statement“	110

Teil 4

Der Angeklagte in der Hauptverhandlung

I. Vorbereitung des Mandanten durch den Verteidiger	113
II. Anwesenheitspflicht des Angeklagten	115
1. Grundsätzliche Anwesenheitspflicht, Entfernungsverbot	115
2. Zwangsmittel gegen den ausgebliebenen Angeklagten	116
3. Ausnahmen von der Anwesenheitspflicht	118
a) § 231 Abs. 2 (Eigenmächtige Entfernung)	118
b) § 231a (Herbeigeführte Verhandlungsunfähigkeit)	119
c) § 231b (Entfernung wegen ordnungswidrigen Benehmens)	119
d) § 231c (Beurlaubung)	120
e) § 232 (Ausbleiben trotz ordnungsgemäßer Ladung)	121
f) § 233 (Entbindung vom Erscheinen)	121
g) § 247 (Vorübergehende Ausschließung)	121
III. Anwesenheitsrecht des Angeklagten	126
IV. Äußerungen des Angeklagten	126
1. Vernehmung zur Person	126
2. Vernehmung zur Sache	127
a) Schweigen	127
b) Schriftliche Äußerungen des Angeklagten	129
c) Einlassung durch Zustimmung zur schriftlichen Verteidiger- erklärung	130

d) Inhalt der Sacheinlassung des Angeklagten	132
e) Geständnis des Angeklagten	134
f) Sacheinlassung mit dem letzten Wort	138
V. Erklärungen des Angeklagten nach § 257 Abs. 1	138
VI. Einführung und Verwertung früherer Angaben des Angeklagten in der Hauptverhandlung	139
1. Aufgaben des Verteidigers	139
2. Art der Beweiserhebung	139
3. Beweisverbote hinsichtlich früherer Angaben	141
4. Widerspruch des Verteidigers	143
VII. Exkurs: Der ausländische Angeklagte in der Hauptverhandlung	144
1. Allgemeines	144
2. Verständigung mit dem Angeklagten	145
a) Anspruch auf Zuziehung eines Dolmetschers	145
b) Auswahl des Dolmetschers	145
c) Art und Umfang der Übersetzung und deren Kontrolle durch den Verteidiger	146
d) Ablehnung des Dolmetschers	148
3. Anspruch des ausländischen Angeklagten auf Beiordnung eines Pflichtverteidigers	149

Teil 5

Die strafprozessuale Verständigung

I. Vom „Deal“ bis zum „Gesetz zur Verständigung im Strafverfahren“	151
II. Die Verständigung in der Struktur der Strafprozessordnung	156
III. Der Inhalt der gesetzlichen Regelung	158
1. Ziele des Gesetzes	158
2. „Geeignete Fälle“	158
3. Der Gang des Verständigungsverfahrens	159
a) Vor der Hauptverhandlung	159
b) Die Verständigung „in“ der Hauptverhandlung – Theorie und Praxis	159
4. Der Gegenstand der Verständigung	162
a) Überblick	162
b) Zulässiger Inhalt	163
c) Unzulässiger Inhalt	164
d) Das Geständnis	165
5. Unwirksamkeit des Rechtsmittelverzichts	166
6. Die Bindungswirkung der Verständigung und deren Wegfall	168
a) Die Voraussetzungen des Wegfalls der Bindungswirkung	168

b) Die Folgen des Wegfalls der Bindungswirkung	169
c) Kontrollmöglichkeiten der Verteidigung hinsichtlich der Bindung des Gerichts	170
d) Belehrung des Angeklagten	171
7. Transparenz- und Dokumentationspflichten	171
IV. Der Verteidiger im Verständigungsverfahren	173
1. Die Beratung des Mandanten	173
2. Die Berücksichtigung psychologischer Faktoren	174
3. Taktische Erwägungen	176

Teil 6

Beweisaufnahme

I. Begriff und Gegenstand der Beweisaufnahme	178
II. Gerichtliche Beweiserhebungs- und Aufklärungspflicht	180
III. Beweisverbote	184
1. Allgemeines	184
2. Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote	184
3. Praxisrelevante Einzelfälle	186
a) Private Aufzeichnungen des Angeklagten	186
b) Verteidigungsunterlagen des Angeklagten	187
c) Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes (§ 201 StGB)	187
d) Überwachung des Verteidigertelefons	187
e) Schweigen des Angeklagten oder Zeugen	188
f) Äußerungen des Angeklagten in der Untersuchungshaft	188
g) Verbotene Vernehmungsmethoden	188
h) Verletzung von Benachrichtigungspflichten	189
i) Verletzung des Rechts auf Verteidigerkonsultation	189
j) Rechtswidrige prozessuale Maßnahmen	190
IV. Die sogenannte Widerspruchslösung der Rechtsprechung	191
1. Die Widerspruchslösung als Präklusionsregel	191
2. Kritik an der Widerspruchslösung	192
3. Der Widerspruch im Einzelnen	192
a) Zeitpunkt des Widerspruchs	192
b) Antrag auf Gerichtsbeschluss	193
c) Begründungspflicht	194
4. Konsequenzen für die Verteidigung	195
V. Beweisantragsrecht	196
1. Vorüberlegungen des Verteidigers	196
2. Inhalt des Beweisantrags	199
a) Beweistatsache	199
b) Beweismittel	201

c) Konnexitätserfordernis	201
3. Form des Beweisantrags	203
4. Zeitpunkt der Antragstellung	205
a) Prozessuales	205
b) Taktische Überlegungen	205
5. Beweisantragsmuster	207
6. Bedingter Beweisantrag, Hilfsbeweisantrag	209
7. Beweisermittlungsantrag, Beweisanregung	212
8. Ablehnungsbeschluss: Form, Inhalt und Zeitpunkt der Entscheidung	213
9. Ablehnungsgründe	214
a) Unzulässigkeit der Beweiserhebung	215
b) Offenkundigkeit der Beweistatsache	215
c) Bedeutungslosigkeit der Beweistatsache	216
d) Erwiesensein der Beweistatsache	217
e) Völlige Ungeeignetheit des Beweismittels	217
f) Unerreichbares Beweismittel	218
g) Verschleppungsabsicht	220
h) Wahrunterstellung	222
i) Ablehnung des Beweisantrags auf Vernehmung eines Sach- verständigen	224
j) Ablehnung des Beweisantrages auf Einnahme eines Augen- scheins	226
k) Ablehnung des Beweisantrags auf Vernehmung von Auslands- zeugen	227
10. Sonderregelungen bei präsenten Beweismitteln	228
VI. Beweiserhebung in der Hauptverhandlung	229
1. Zeugenvernehmung	230
a) Begriff und Bedeutung des Zeugen im Strafprozess	230
b) Gegenstand des Zeugenbeweises	235
c) Vernehmung des Zeugen	235
aa) Befragung zu den persönlichen Verhältnissen und zum Wohnort	235
bb) Befragung zur Sache	237
cc) Unzulässige Fragen	238
d) Zeugenbefragung durch den Verteidiger, Vernehmungstechnik und -taktik	241
aa) Recht der Verteidigung auf ungestörte Zeugenbefragung ..	241
bb) Vorbereitung der Befragung	241
cc) Zeitpunkt der Befragung	242
dd) Allgemeine Hinweise zu Art und Umfang der Befragung ..	242
ee) Vernehmungstaktische Fragen	243

e) Audiovisuelle Zeugen- und Sachverständigenvernehmung gemäß § 247a	245
aa) Bedeutung und Zweck der Vorschrift	245
bb) Zulässigkeitsvoraussetzungen	246
cc) Aufzeichnung der Aussage	247
dd) Subsidiaritätsgrundsatz	247
ee) Ort der Vernehmung	248
ff) Ausgestaltung der Vernehmung	249
gg) Unanfechtbarkeit der Anordnung	250
f) Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrechte	250
aa) Relevanz für die Verteidigung	250
bb) Zeugnisverweigerungsrecht aus persönlichen Gründen (§ 52)	251
cc) Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen (§§ 53, 53a)	252
dd) Zeugnisverweigerungsrecht für Richter und Beamte (§ 54)	253
ee) Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 55	253
ff) Verwertungsprobleme, Revision	254
g) V-Leute und Verdeckte Ermittler	255
aa) V-Mann-Einsatz nach geltendem Recht	255
bb) Einsatz Verdeckter Ermittler nach § 110a	258
cc) Aufgaben des Verteidigers	260
h) Verhörspersonen als Zeugen	263
i) Vernehmung des Polizeibeamten	265
j) Vereidigung und Entlassung des Zeugen	267
k) Würdigung der Zeugenaussage	270
2. Sachverständigenvernehmung	271
a) Begriff und Aufgaben des Sachverständigen	271
b) Gegenstand des Sachverständigenbeweises	272
c) Aufgaben und Möglichkeiten des Verteidigers	274
d) Vereidigung des Sachverständigen	276
e) Ablehnung des Sachverständigen	277
3. Urkundenbeweis	278
a) Begriff des Urkundenbeweises	278
b) Beweiserhebung durch Verlesung	279
c) Selbstleseverfahren	279
aa) Gesetzliche Regelung	279
bb) Rechtsbehelfe	280
cc) Taktische Überlegungen	282
d) Zulässigkeit des Urkundenbeweises	282
aa) Grundsatz der umfassenden Zulässigkeit	282

bb) Grenzen der Zulässigkeit	283
cc) Ersetzungsverbot des § 250	283
dd) Ausnahmen vom Ersetzungsverbot	283
e) Aufgaben des Verteidigers	285
4. Vorführung einer Videoaufzeichnung gemäß § 255a	286
a) Bedeutung und Zweck	286
b) Voraussetzungen der Vorführung	287
aa) Allgemeine Verwendung gemäß § 255a Abs. 1	287
bb) Vorführung bei Vernehmung von Zeugen unter 18 Jahren gemäß § 255a Abs. 2	288
c) Ergänzende Vernehmung des Zeugen	289
d) Verfahren	289
5. Augenscheinsbeweis	290
a) Begriff des Augenscheins	290
b) Aufgaben des Verteidigers	290
6. Gegenüberstellung und andere Identifizierungsmaßnahmen	291
a) Rechtsgrundlagen	291
b) Grundsätze der Gegenüberstellung und Beweiswert der Identifizierung	293
c) Besonderheiten der Gegenüberstellung in der Hauptverhand- lung	295
d) Aufgaben des Verteidigers	296

Teil 7

Hauptverhandlungsprotokoll – Möglichkeiten der Sachverhaltsfestschreibung in der Hauptverhandlung

I. Hauptverhandlungsprotokoll	297
1. Prozessuale Bedeutung	297
2. Inhalt des Protokolls	298
3. Beweiskraft des Protokolls	300
4. Protokollberichtigung, Rügeverkümmern	300
II. Sachverhaltsfestschreibung in der Hauptverhandlung	301
1. Zweck der Sachverhaltsfestschreibung	301
2. Mittel der Sachverhaltsfestschreibung	302
a) Wörtliche Protokollierung gemäß § 273 Abs. 3	302
b) „Affirmative“ Beweisanträge	303
c) Einlassung des Angeklagten	303
d) Sonstige Erklärungen und Anträge	303

Teil 8

Haftbefehl und Beschleunigungsgrundsatz bei laufender Hauptverhandlung

I. Problemstellung	304
1. Änderung der Haftfrage durch den Gang der Hauptverhandlung ..	304
2. Verletzung des Beschleunigungsgebots	304
a) Beschleunigungsgrundsatz	304
b) Verletzung des Beschleunigungsgrundsatzes im Hauptverfahren	305
II. Die Aufgaben des Verteidigers: Von der Haftbeschwerde zur Verfassungsbeschwerde	307
III. Die Verfassungsbeschwerde	307
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen	307
2. Begründetheit	308
3. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	309

Teil 9

Plädoyer des Verteidigers

I. Prozessuale Fragen	314
II. Möglichkeiten und Grenzen des Schlussvortrags	317
III. Vorbereitung des Schlussvortrages während der Hauptverhandlung ..	318
IV. Inhaltliche Gestaltung des Plädoyers	320
1. Aufbau des Verteidigerplädoyers	320
2. Rolle der Rhetorik im Schlussvortrag	322
3. Visualisierung des Inhalts	323
4. Einzelfragen	324

Teil 10

Das letzte Wort des Angeklagten

I. Prozessuale Fragen	327
II. Das letzte Wort – Falle oder Verteidigungswaffe?	328
III. Vorbereitung des letzten Wortes	329

Teil 11

Aufgaben des Verteidigers nach dem Schlussvortrag

I. Vor der Urteilsverkündung	331
II. Während der Urteilsverkündung	333
III. Nach der Urteilsverkündung	334

Teil 12

Die Hauptverhandlung im Berufungsverfahren

I. Vorüberlegungen	336
II. Das Rechtsmittel der Berufung im Überblick	338
1. Die Zulässigkeit der Berufung	338
2. Das Verschlechterungsverbot und seine Grenzen	340
3. Die Berufungseinlegung	341
4. Die Beschränkung der Berufung	342
5. Die Zuständigkeit des Berufungsgerichts	344
6. Die Berufungsfrist	344
7. Die Berufungsbegründung	345
8. Die Berufungsrücknahme	345
a) Zulässigkeit	345
b) Wechselseitige Rücknahme durch Verteidigung und Staats- anwaltschaft	345
c) Wirkung der Rücknahme und der Zustimmung	346
III. Die Vorbereitung der Berufungshauptverhandlung	347
1. Kenntnis des Prozessstoffes	347
2. Taktik und Strategie in der Berufung	347
3. Anträge auf wiederholte Vorladung von Zeugen oder Sach- verständigen	349
IV. Die Durchführung der Hauptverhandlung	350
1. Grundsatz der Neuverhandlung	350
2. Verwerfungsurteil bei Ausbleiben des Angeklagten	350
a) Grundsätzliches	350
b) Die allgemeinen Voraussetzungen für die Berufungs- verwerfung	351
aa) Zulässigkeit der Berufung	351
bb) Keine Verfahrenshindernisse	351
cc) Ordnungsgemäße Ladung des Angeklagten	352
dd) Ordnungsgemäße Bestellung und Ladung des Verteidigers	352
c) Die besonderen Voraussetzungen für die Berufungs- verwerfung	352
aa) Überblick über die Neuregelung	352
bb) Die Verwerfung nach § 329 Abs. 1 S. 1	353
(1) Das Ausbleiben des Angeklagten	353
(2) Die fehlende Entschuldigung	354
(3) Kein ordnungsgemäß bevollmächtigter Verteidiger anwesend	356
cc) Die Verwerfung nach § 329 Abs. 1 S. 2 Nr. 1	357

dd) Die Verwerfung nach § 329 Abs. 1 S. 2 Nr. 2	358
ee) Die Verwerfung nach § 329 Abs. 1 S. 2 Nr. 3	358
3. Berufungshauptverhandlung ohne Angeklagten	358
a) Überblick	358
b) Verhandlung ohne Angeklagten mit vertretungsbevollmächtigtem Verteidiger	359
c) Besonderheiten bei der Berufung der Staatsanwaltschaft	361
d) Das Verhalten des Verteidigers bei unentschuldigtem Ausbleiben des Angeklagten	361
4. Der Gang der Verhandlung	362
5. Verständigung in der Berufung	363
a) Anwendbarkeit des Verständigungsgesetzes	363
b) Fortwirkungen einer erstinstanzlichen Verständigung	364
aa) Der Angeklagte als ausschließlicher Berufungsführer	364
bb) Die Staatsanwaltschaft als Berufungsführerin	365
6. Richterausschluss und Befangenheit	366
7. Vernehmung des Angeklagten und Beweisaufnahme	367
8. Plädoyer des Verteidigers	369
9. Das letzte Wort des Angeklagten	369
 <i>Literaturverzeichnis</i>	 371
<i>Stichwortverzeichnis</i>	399